

BERICHT DER 6. KONFERENZ DES EG - DACHVERBANDS DER
DIPLOMATISCHEN EHEGATTENVEREINE (ECFASA)

Die 6. Konferenz des EG-Diplomaten - Ehegattenvereins fand auf Einladung Irlands am 8./9. Mai in Dublin statt. Es sei gleich vorweggenommen, dass sich die Gruppe dort von ihrem bisherigen, unaussprechbaren Namen ECDSSA getrennt hat und neu ECFASA heisst: European Communities Foreign Affairs Spouses Association. Der folgende Text ist ein Resumé des anlässlich der letzten ACF/VEEDA-Mitgliederversammlung vorgetragenen Berichts.

Wir danken der DVA und damit Herrn Botschafter Manz für die Uebernahme der Reisekosten, sowie Herrn Botschafter und Frau Hummel für den freundlichen Empfang in der Residenz. Wir danken auch unseren irländischen Kolleginnen, die den ACF/VEEDA als Beobachter eingeladen haben, und unseren eigenen Kolleginnen im Ausland, welche sich dafür eingesetzt hatten, dass wir überhaupt eine Einladung erhalten. Sie können sich vielleicht erinnern, dass wir vergangenes Jahr in Madrid nicht zugelassen waren. Nächstes Jahr sollten wir - so wurde mir mündlich zugesichert - mit einer Einladung nach Luxemburg rechnen dürfen.

*

Die folgenden Ausführungen könnten Sie ermuntern, die Stellung der Ehegatten in unserem Departement mit jener unserer europäischen Kollegen zu vergleichen. Dazu ist festzuhalten, dass generell die Saläre im schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienst höher liegen und dass unsere Zulagen und Vergütungen (Schulen, Krankenkasse, Umzüge etc) grosszügiger sind. Dafür scheinen unsere europäischen Kolleginnen unter Aspekten, die sich nicht in Geldbeträgen definieren lassen, oft bessergestellt zu sein: etwa was die persönliche Freiheit, die Würde der Persönlichkeit und natürlich die Stellung der Frau angeht.

Persönlich hat mich die Teilnahme an der Konferenz sehr beeindruckt. Nur schon die Tatsache des physischen Ausgeschlossen-Seins von der Gesprächsrunde - die Schweiz, Oesterreich, Schweden und Norwegen sassen zu viert am Rande des Saals - war natürlich zu erwarten gewesen, erlebt sich aber doch mit gemischten Gefühlen. Doch der positive Aspekt überwog bei weitem: es war ein Erlebnis den etwa 40 Frauen aus 11 Ländern zuzuhören, welche mit Eifer, aber auch mit grosser Disziplin Themen erörterten, die uns alle betreffen. Während den Pausen und den Mahlzeiten ergaben sich auch

für die Beobachter Gelegenheiten, um Fragen zu stellen; die zahlreichen Unterlagen wurden auch an uns verteilt.

Im Zentrum der Diskussion stand die Rolle des diplomatischen Ehegatten in den 90-er Jahren, das diplomatische Ehepaar im jetzigen Zeitalter, mit allen Fragen, welche die Neudefinition der Karriere im Aussendienst, aber auch der Stellung der Frau nach sich ziehen.

Frau Hilary Collins, Gattin des irländischen Aussenministers, eröffnete die Konferenz, indem sie die Situation der Gattin eines Politikers mit jener eines Diplomaten verglich. Beide werden weder aufgrund ihrer Persönlichkeit noch ihrer Talente eingestuft, sondern lediglich im Bezug auf den Karrierestand ihres Gatten. Sie sagte: "Wenn Sie regelmässig zu Repräsentationsdiensten aufgerufen sind, kann es allmählich schwer fallen, sich ein Selbstwertgefühl zu erhalten. Meine persönliche Lösung des Problems im Laufe der Jahre bestand darin, auf meinem Recht auf eigene Arbeit oder auf die Zeit zur Weiterbildung zu beharren."

Es folgten zwei ausgezeichnete Referate der Irländerinnen zum Thema der Rolle der Ehegatten. Von da aus versuchte die ECFASA-Gruppe einen gemeinsamen Aktionsplan gegenüber dem EPC zu entwerfen. Das EPC - European Political Cooperation Committee - trifft sich zweimal jährlich und bereitet die Verwaltung der Europäischen Gemeinschaft vor, also auch jene ihres Aussendienstes.

Die Delegierten waren sich einig, dass die Tage des "Pay-pack-and follow" gezählt sind ("Pay the servants, pack your bags and follow the officer"). Die heutige Ehegattin im Aussendienst kann theoretisch unter drei recht verschiedenen Rollen wählen: Erstens, das Verfolgen einer eigenen beruflichen Karriere, für die man, im Extremfall, dem Beamten nicht mehr ins Ausland folgt, sondern, mit oder ohne den Kindern, zuhause zurückbleibt. In Dänemark z.B. arbeiten 4 von 5 Gattinnen am Heimatposten und 10% folgen dem Beamten nicht ins Ausland. In Bonn hat man, in Reaktion auf diesen Trend, damit begonnen, gewissen aus Berufsgründen getrennten Paaren zusätzliche Flugkostenvergütungen zuzugestehen. Es waren sich aber alle Delegierten einig, dass man in diesen Fällen kaum noch von einer Ehe sprechen kann, und dass sich solches nicht über Jahre hinweg praktizieren lässt.

Eine zweite mögliche Rolle wäre der berufliche Einsatz auch der Ehegatten innerhalb der Botschaften/Konsulate. Praktisch gibt es wohl kaum Möglichkeiten, dieses Modell zu realisieren, da kein Aussenministerium so viele zusätzliche Mitarbeiter anstellen könnte. Das Prinzip wird aber doch von England und Deutschland so weit wie möglich angewandt, indem diese ein Maximum an Ehegatten in ihren Missionen anzustellen versuchen.

Eine dritte Definition würde den Ehegatten als "equal partner" im Aussendienst verstehen. Dies würde zum einen eine allgemeine Ausbildung bedingen (Sprachkurse, Postenvorbe-

reitung etc., wie sie z.B. den Japanerinnen und Kanadierinnen bereits angeboten werden). Darüberhinaus würden aber unweigerlich auch Ansprüche auf eine Entschädigung erwachsen: sei es eine Art Stundenlohn für Repräsentationsdienste, sei es eine Vergütung für Arbeiten, die z.B. auch ein Traiteur erbringen könnte, sei es die Ausbezahlung einer Familienzulage direkt an den Ehegatten, oder schliesslich ein festes Salär.

Diese Ideen wurden lebhaft diskutiert. Im Bewusstsein aber der Utopie solcher Modelle und angesichts magerer Staatskassen und geiziger Parlamente, suchte die ECFASA-Gruppe nach anderen Lösungen. Wenn man schon keine Entlohnung fordern könne, so lautete die einstimmige Ansicht, dann wolle man auch "kein Pflichtenheft" - no job-description. Die Freiheit zu wählen, die Wichtigkeit des individuellen Entscheids wurden höher eingeschätzt als alle Salärträume. Jenen Gattinnen/Gatten aber, die sich freiwillig entscheiden, an der Seite des Beamten ihr Land zu vertreten und ihrer Heimat damit an Oeffentlichkeitsarbeit unschätzbare Dienste leisten, ihnen sollten die Ministerien mit konkreten Schritten entgegenkommen. Ein Wort des Dankes an die Ehegatten wird selten vernommen. So hat denn die Konferenzrunde von Dublin beschlossen, ihre eigenen Verwaltungen wie auch das EPC nicht nur um Worte der Anerkennung, sondern konkret um PENSIONEN UND KOMPENSATION zu ersuchen.

Die Forderung nach einer Pension besagt, dass das Ministerium während jener Jahre, in denen der Ehegatte im Ausland von der Sozialversicherung nicht erfasst wird, die Beiträge für die Ehegatten entrichtet. Jenen Ehegatten, welche nie ein eigenes Einkommen hatten und keine Beiträge entrichten konnten, sollte der Staat im Augenblick der Pensionierung des Beamten eine eigene Pension ausrichten. Die französische Delegation verteilte ihr jüngstes Bulletin, worin im Rahmen eines Interviews der Generalsekretär des Quai d'Orsay, M. François Scheer, dazu wie folgt zitiert wird: "Die Tatsache selbst, sich an einen Auslandsposten zu begeben, könnte zum Anspruch auf eine Altersrente berechtigen." Schweden wurde als Vorbild zitiert, obwohl es auf derselben peripheren Bank wie die Schweiz zu sitzen hatte: Das schwedische Aussenministerium hat mit Hilfe einer Versicherungsgesellschaft eine Pensionskasse eingerichtet, welche den Ehegatten im Augenblick der Pensionierung, auch nach Scheidung, Beiträge auszahlt. Während die Ehegatten in Stockholm stationiert sind (d.h. einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen können), haben sie die monatlichen Beiträge selbst zu entrichten. Aehnlich wie Finnland kennt Schweden einen zweiten Pensionsfond, der nur Ehegatten mit über 10 Jahren Auslandsaufenthalt berücksichtigt.

Neben den staatlichen war auch von privaten Pensionskassen die Rede. In Italien und England haben die Ehegatten eigene Pensionsfonds gegründet. Die äusserst dynamische und offenbar in Finanzfragen versierte Vizepräsidentin des englischen Ehegattenvereins, Sarah Burns, erläuterte wie sie sich an einen "Unit trust" gewandt hatte und mit diesem einen individuellen, flexiblen und vor allem steuerfreien Sparplan

erarbeiten konnte (unit trust = Anlagefond). Mit mehreren hundert Mitgliedern im Hintergrund hat sie ausgezeichnete Bedingungen aushandeln können.

Abschweifend sei hier folgende Information genannt, welche den englischen Ehegattenverein betrifft: seit Anfang dieses Jahres erhält dessen Präsidentin ein Jahresgehalt von £ 10'000 - etwa Fr. 24'000.-, welches zu einem Viertel vom Verein und zu Dreivierteln vom Foreign Office getragen wird. Bei Grossprojekten wie dem obengenannten fanden sich immer weniger Freiwillige für eine solche Arbeit.

Allgemein wurde festgehalten, dass die Mehrheit der berufstätigen Ehegatten nicht allein aus Interesse oder Berufung, sondern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus zur Arbeit geht. Gewisse Botschaften, vor allem jene Englands, Frankreichs und Deutschlands, beabsichtigen den Ehegatten im Ausland bei der Suche nach Arbeit aktiv zu helfen, sei es inner- oder ausserhalb der Mission. Zahlreiche der anwesenden Länder hatten bereits bilaterale Arbeitsabkommen für ihre diplomatischen Ehegatten abgeschlossen oder bereiteten solche vor. Es war aber auffallend, dass immer dieselben Partner zitiert wurden: Kanada und die USA. Und selbst jene Länder, die der Berufstätigkeit der Ehegatten gegenüber sehr positiv eingestellt sind, sehen den Fall der Gattin des Missionschefs durch eine andere Brille: hier seien die Aufgaben so zahlreich, dass eine berufliche Tätigkeit, ja oft sogar ein normales Familienleben quasi unmöglich seien. Wie dies ein US-Botschafter in Irland mit Humor formulierte, als er seine Frau vorstellte: "President Carter has sent two ambassadors for the price of one."

Einige Verwaltungen (Finnland, England, Kanada, USA) haben ihre Missionen angewiesen, sogenannte job-registers aufzustellen, Listen also jener Firmen oder Institutionen am Ort, welche gewillt sind, diplomatische Ehegatten anzustellen. Manchmal sind es auch die Ehegattenvereine, wie etwa der italienische, welche in eigenen skills-banks die Fähigkeiten ihrer Mitglieder auflisten. Aber das Interesse dafür am Arbeitsmarkt scheint eher beschränkt zu sein.

Angesichts der seltenen Gelegenheiten im Ausland eine Arbeit zu finden, sind es vor allem die deutschen und englischen Verwaltungen, die sich aktiv für die Arbeitsmöglichkeiten ihrer Ehegatten interessieren. Von Institutionen wie dem British Council und dem Goethe-Institut über renommierte Schulen bis zu technisch-wirtschaftlichen Kooperationsprojekten vermitteln sie zahlreiche Arbeitsplätze für Ehegatten. Es wurden dann die Berufe aufgezählt, die sich am besten "versetzen" lassen: Lehrtätigkeit, Journalismus, Uebersetzungen, Sekretariat und Computerfachwissen. Aus einer Umfrage innerhalb des Foreign Office ging hervor, dass bei den englischen Ehegatten das Unterrichten ihrer Muttersprache die beliebteste Tätigkeit darstellt. Das Ministerium hat darauf £ 20'000 (Fr. 48'000.-) freigegeben, um den Ehegatten einen Kurs mit Abschlusszeugnis anzubieten, in dem das Unterrichten von Englisch als Fremdsprache erlernt wird.

Diese Bemühungen dienen dem Grundsatz, die Familien durch die Auslandsversetzung des Beamten nicht zu trennen und Möglichkeiten zu finden, um sowohl die Ehegatten als auch die Kinder für die Entbehrungen des Auslandsaufenthaltes weitgehend zu kompensieren.

Was das Thema der Kinder angeht, so standen sie nicht auf der Agenda dieser ECFASA-Konferenz. Ich habe einzig in den Rapporten, welche jede Delegation verteilte, eine interessante Neuerung der deutschen und englischen Verwaltung finden können: ab sofort können Kinder, die ihre Schulen in einer Fremdsprache beginnen mussten, weiterhin mit Schulzulagen rechnen, auch wenn sie an die Zentrale zurückversetzt werden oder an dem neuen Posten der Unterricht in der Muttersprache möglich wäre.

Bevor dieser Bericht mit dem Thema Umweltgefahren schliesst, sei auf eine interessante Neuerung in Bonn hingewiesen. Letztes Jahr schon hatte das Auswärtige Amt einen Kindergarten für 40 Kinder (Alter: 4 Monate bis 6 Jahre) eingerichtet, welchen Herr und Frau Genscher persönlich eröffneten. Seither hat der FFD (unser Schwesternverein) im gleichen Gebäude eine Notunterkunft geschaffen: 6 Zimmer mit Bad sowie ein gemeinsamer Aufenthaltsraum samt Küche stehen allen Bediensteten und Angehörigen offen. Der Betrieb wird vom FFD geführt, der eine Gouvernante angestellt hat. Für DM 20.- pro Nacht können sich für beschränkte Zeit Personen einquartieren, die sich z.B. für eine Operation oder Geburt nach Bonn begeben müssen, die evakuiert wurden, oder infolge unerwarteter persönlicher Umstände (Scheidung, Tod in der Familie) zur Reise in die Heimat gezwungen sind.

Das letzte Traktandum der Dubliner Konferenz galt den Umweltgefahren auf gewissen Posten, wozu die deutsche Delegation eine umfassende Studie vorlegte. In Zusammenarbeit mit dem Personalverband hatte der FFD eine Liste der konkreten Gefahren aufgestellt. Dieser Arbeit liegen die Daten der WHO zugrunde, welche die Luftverschmutzung, die Verunreinigung/Vergiftung des Trinkwassers und der Nahrungsmittel sowie das Problem des Lärms betreffen.

Die immer noch im Gange befindliche Studie hat bereits einige Resultate gezeitigt: einige besonders umweltgefährdete Posten wurden in der "Zonenliste" neu eingestuft. "Smog-Tage", d.h. ein freier Tag pro Monat, wurden für die Posten Ankara, Istanbul, Mexico City, Tirana, Belgrad und Athen eingeführt. Die Missionschefs dieser Posten sind auch befugt, die Arbeitsstunden aller an kritischen Tagen zu reduzieren. Familien mit Kleinkindern werden nicht mehr an Posten wie Ankara und Mexico-City transferiert. Beamte oder solche mit Angehörigen, welche an einer Erkrankung der Atemwege leiden, werden an gewisse Posten nicht versetzt (grausame Ausnahme: die starken Raucher)! Fenster mit Doppelverglasung wurden u.a. in Madrid und Peking installiert. Trinkwasseranalysen haben in bestimmten Fällen zur Subvention beim Kauf von Wasserfiltern geführt. Eine solche Analyse hatte in Warschau gar zur Folge, dass an der dortigen Botschaft eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage - in der

Grösse einer Gemeindeanlage - geplant wird. Diese wird 3 l Trinkwasser pro Person/pro Tag liefern, und zwar nicht nur an die deutschen Botschaftsangehörigen, sondern auch an jene aller EG-Vertretungen. Die Schweiz ist in diesen Berechnungen - natürlich - nicht eingeschlossen. Nach der Erholung vom ersten Schreck, den man bei solchen Einsichten erhält, gelang es mir die deutsche Referentin anzusprechen und sie zu fragen, auf welche Weise denn die Schweiz an derartigen Projekten teilnehmen könne. Nach einigem Ueberlegen antwortete sie, die Schweiz könne eventuell im Erziehungssektor Initiativen entwickeln ... unsere Schulen hätten einen guten Ruf und ein Austausch von Diensten sei auf diese Art denkbar.

*

Am Ende dieses Berichtes möchte ich unsere Kolleginnen/Kollegen im Ausland bitten, sich zu den angesprochenen Fragen ihre eigenen Gedanken zu machen: - die Rolle des Ehegatten - der Wunsch im Ausland zu arbeiten - die Umweltgefährdung an gewissen Posten. Ich verliess Dublin unter dem Eindruck, dass in der Europäischen Gemeinschaft vieles in Bewegung geraten ist, und dass wir angesichts dieser Entwicklungen nicht immer abseits stehen können. Vielleicht gelingt es unserer Verwaltung eines Tages, z.B. im Austausch von Schweizer Schulleistungen im Ausland den Zugang zu EG-Leistungen im Gesundheitssektor zu erwirken (die EG-Staaten bauen auf einigen "Härteposten" gemeinsam Krankenhäuser für ihre Landsleute). Der Vorstand des ACF/VEEDA möchte Sie anregen, solche Fragen mit Ihren europäischen Kollegen an Ihrem jetzigen Posten zu diskutieren. Wir bitten Sie, die Ohren zu spitzen und uns Ihre Erfahrungen - gute wie schlechte - mit der Solidarität unter Europäern mitzuteilen.

*

Oktober 1990

Irène Staehelin

(Sämtliche Unterlagen der ECFASA-Konferenzen befinden sich im ACF/VEEDA - Büro E 119, und können von interessierten Mitgliedern eingesehen werden.)